

Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie

Herausgegeben
von
Peter Waldmann



VERLAG ERNST VÖGEL · 81827 MÜNCHEN

2003

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	7
Teil I – Theoretische Perspektiven	
<i>Peter Waldmann</i>	
Diktatur und Anomie – ein Forschungsprojekt und seine ersten Ergebnisse	17
<i>Helmut Thome</i>	
Das Konzept sozialer Anomie als Analyseinstrument	37
Teil II – Diktaturen, die sich selbst reproduzieren	
<i>M. R. F. Hamzeb'ee</i>	
Soziale Anomie im Iran in der Schah-Ära	63
<i>Hans-Jürgen Frieß</i>	
Gesellschaftliche Doppelmoral und politische Stabilität. Das Castro-Regime auf Kuba	95
Teil III – Transition und Anomie: Das Ende autoritärer Regime	
<i>Walther L. Bernecker</i>	
Demokratisierung und Desorientierung: Spanien nach 1975	121
<i>Detlef Nolte</i>	
Angst vor Anomie statt Anomie: Verunsicherung und Zukunftsangst nach der Ablösung des Pinochet-Regimes in Chile	149
<i>M. Soledad Lagos de Kassai</i>	
Literarische Produktion der chilenischen und spanischen <i>trancisión</i>	177
Teil IV – Anomie unter totalitärer Herrschaft und nach deren Sturz oder Auflösung	
<i>Dariusz Aleksandrowicz</i>	
Normative Labilität im Sozialismus und im Systemumbruch	217
<i>Taciana Fisac / Leila Fernandez-Stembridge</i>	
Uncertainty and Social Change in the People's Republic of China	245

<i>Peter Birle</i>	
Transformation und Anomie – Der Fall Polen	275
<i>Tibor Dömötörfi</i>	
Demokratisierung und soziale Anomie in Ungarn	301
Teil V – Der Wechsel von der Diktatur zur Demokratie in West- und Ostdeutschland	
<i>Michael Schoierer</i>	
Demokratisierung und soziale Anomie nach der NS-Diktatur.	337
<i>Helmut Fehr</i>	
Krisen des Übergangs. Überlegungen zur Integrations- und Legitimationsproblematik vor und nach dem revolutionären Umbruch von 1989	387
<i>Peter Waldmann</i>	
Versuch einer Bilanz	409
Die Autoren	425

Diktatur und Anomie – ein Forschungsprojekt und seine ersten Ergebnisse

Veränderung der Perspektive

Der Anstoß dazu, das Anomiekonzept in einem politischen Kontext zu verwenden, geht weniger auf theoretische Reflexion als vielmehr eine konkrete Erfahrung zurück, die schon einige Zeit zurückliegt. In den 70er Jahren wurde der Verfasser in Argentinien Zeuge eines doppelten Wechsels von einem diktatorischen Regime zur Demokratie und erneut zu einer Diktatur. Nachdem er Ende der 60er Jahre unter der relativ ‚weichen‘ Militärherrschaft Onganias (im Volksmund als *dictablanda* bezeichnet) ein ziemlich ruhiges, wohlhabendes Land mit einem durchgehend modernisierten Lebensstil kennen gelernt hatte, glaubte er es rund fünf Jahre später, als er zu einem Besuch zurückkehrte, nicht wiederzuerkennen (zum Folgenden *Waldmann 1978; ders. 1996, S. 69 ff.*). Das Militärregime hatte unter dem Druck von Guerillaverbänden und sporadischen Volksaufständen den politischen Rückzug angetreten. Wahlen waren anberaumt worden, aus denen die bislang politisch geächteten Peronisten als Sieger hervorgingen. Die Regierungsübernahme der Peronisten und die Rückkehr ihres greisen Führers Juan D. Perón aus seinem Exil in Madrid nach Argentinien bescherten dem Land aber nicht den erhofften inneren Frieden. Vielmehr begann nun eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen den Rechts- und Linksperonisten. Konnte Perón während der kurzen, ihm verbleibenden Lebenszeit dank seiner unangefochtenen Autorität diese Flügelkämpfe noch einigermaßen unter Kontrolle halten, so brach nach seinem Tod, als seine als Vizepräsidentin eingesetzte Frau Isabel, eine Person ohne politische Erfahrung und politisches Talent, die Macht übernahm, das Chaos aus. Rivalisierende Banden betätigten sich offen und versuchten ihre Einflussphäre durch den Einsatz terroristischer Mittel zu erweitern. Zielscheibe ihrer Angriffe waren weniger andere Gewaltaktivisten als – wie in solchen Situationen üblich – harmlose Anhänger und Sympathisanten der verschiedenen Lager, die ein normales Leben führten und relativ ungeschützt waren. Eine Wirtschaftskrise und die rasch zunehmende Inflation trugen zusätzlich dazu bei, die allgemeine Unsicherheit und Verwirrung zu steigern. Angestachelt durch die sich ausbreitende soziale Not hatten auch normale Kriminelle zunehmend weniger Hemmungen, sich bei Diebstählen und Einbrüchen gewaltsamer Methoden zu bedienen. Akte der Selbstjustiz häuften sich, es war offensichtlich, dass der Staat im Begriff war, das Gewaltmonopol einzubüßen.

Von nicht wenigen argentinischen Sozialwissenschaftlern wurden jene wirren Jahre, in denen die politischen Projekte durcheinanderwirbelten, ohne dass klare Optionen und Interessenprofile erkennbar gewesen wären, bereits früh als

eine anomische Episode eingestuft (*Corradi* 1985). Sie, wie auch die Mehrheit der Argentinier, waren der Auffassung, diese Situation werde nicht unbegrenzt anhalten, weil das Militär, die einzige noch intakte Ordnungsmacht, erneut einschreiten werde. Im März 1976 war es soweit – eine Militärjunta unter der Leitung von General Videla übernahm in einem Staatsstreich die Herrschaft. Was nun folgte, war ein Repressionsfeldzug, wie ihn das Land noch nicht erlebt hatte. Rein äußerlich kehrten zwar wieder Ruhe und Ordnung ein, doch hinter der Fassade öffentlicher Befriedung war eine erbarmungslose Hetz- und Verfolgungsjagd gegen alle irgendwelcher Linkssympathien Verdächtige im Gange. Die Militärregierung erließ alsbald ein Revolutionsstatut und zahlreiche Sondergesetze zur Bekämpfung der „Subversion“, durch welche die Verfassung samt den Bestimmungen zum Schutz der Grund- und Menschenrechte weitgehend außer Kraft gesetzt wurden. Allmählich sickerte jedoch durch, dass das Gros der repressiven Maßnahmen außerhalb jeglichen rechtlichen Rahmens erfolgte. Zu den wesentlichen Elementen des Parallelsystems, das sich vor allem während der ersten Jahre der Militärherrschaft entwickelte, zählten zum Ersten *patotas*, aus Polizisten und Militärs in ziviler Kleidung bestehende Banden, die, ohne sich auszuweisen, Wohnungen, Häuser und Betriebe überfielen, die Anwesenden mit vorgehaltener Waffe in ein Zimmer einsperrten und einen oder mehrere unter ihnen auf Nimmerwiedersehen entführten. Zum Zweiten zählten dazu eine Vielzahl von Lagern und Haftzentren, in denen man die Entführten folterte und malträtierte, und zum Dritten zählten dazu schließlich Todeskommandos, die damit beauftragt waren, viele der Gefangenen, ohne Aufsehen zu erregen und Spuren zu hinterlassen, zu beseitigen (*Duhalde* 1983). Die argentinische Gesellschaft ahnte einiges von diesen Praktiken – eine Medienberichterstattung, die diesen Namen verdient, gab es in jener Zeit nicht –, doch genauer im Bilde waren nur wenige. So entstand eine Atmosphäre der Vermutungen, Gerüchte, vager Beschuldigungen, des Misstrauens eines jeden gegen jeden. Man zog sich auf den engeren Familien- und Freundeskreis zurück und war froh, wenn man selbst unbehelligt blieb. Ganz von ungefähr, dachten viele, sei es nicht, wenn manche jetzt in Bedrängnis gerieten. Im Zweifel, so die häufig geäußerte Vermutung, würden hier alte Rechnungen beglichen, und man sei gut beraten, sich aus den Konflikten herauszuhalten. Erst allmählich wurde das ganze Ausmaß der von den Streitkräften und ihren Helfeshelfern angerichteten Verwüstung sichtbar. Paradoxerweise war es die in Argentinien 1978 stattfindende Fußballweltmeisterschaft, welche erstmals die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die finsternen Repressionspraktiken des argentinischen Militärs lenkte. Ab etwa demselben Zeitpunkt sorgten die beginnenden Demonstrationen der Mütter *de la plaza de Mayo* dafür, dass fortan das Thema der argentinischen Menschenrechtsverletzungen nicht mehr von der Tagesordnung internationaler Menschenrechtsorganisationen verschwand.

Die beiden sukzessiven Situationen, so sehr sie sich im Einzelnen unterschieden, hatten doch zwei Züge gemeinsam. Zum Ersten handelte es sich jeweils um profunde Erschütterungen des Regel- und Normensystems der

argentinischen Gesellschaft. Im Falle der Demokratisierungsphase lag dies besonders offen zutage, hatte doch der Staat seine Macht als Ordnungsstifter und Regelüberwachungsinstanz eingebüßt, und hatten statt dessen rivalisierende Banden und Fraktionen das Gesetz des Handelns an sich gerissen, die nach eigenen Maßstäben Recht sprachen und Bestrafungen vollzogen. Aber auch die Situation unter der Militärregierung war durch eine Regellosigkeit eigener Art gekennzeichnet. Nicht allein, dass die Militärs die traditionelle Verfassung außer Kraft setzten. Zusätzlich hielten sie sich nicht an die von ihnen selbst als verbindlich statuierten Regeln, sondern gingen nach einem informellen Code gegen ihre Gegner vor, der nirgendwo schriftlich verankert war (*Moyano* 1991). Ein solches mehrgleisiges Procedere musste allgemeine Verwirrung stiften.

Steht somit einerseits außer Zweifel, dass es sich jeweils um anomische Situationen handelte, so ist andererseits ebenso klar, dass sie weder in das klassische Anomieschema von Emile Durkheim noch jenes von Robert K. Merton passen. Hatte jener anomische Verhältnisse als typisches Produkt gesellschaftlichen Wandels, sowohl epochaler als auch kurzfristiger Natur, betrachtet, so entstanden sie nach diesem aus der strukturellen Diskrepanz zwischen den allgemein anerkannten Zielen einer Gesellschaft und den nur begrenzt verfügbaren institutionellen Mitteln, mit denen diese erreicht werden könnten (*Durkheim* 1990; *ders.* 1992; *Merton* 1995). Beide sahen im Staat eine Institution, deren Einfluss sich tendenziell anomiedämpfend auswirken würde. Was, wenn diese Annahme sich als verkehrt erwies, da von der politischen Sphäre oder vom Staat selbst anomiefördernde Impulse ausgingen?

Überlegungen zum Konzept

Die argentinische Militärdiktatur und das ihr vorangehende normative Chaos waren kein Einzelfall. Nachdem der Blick des Verfassers für anomische Effekte geschärft war, die von diktatorischen Regimen ausgehen, entdeckte er eine ganze Reihe von Beispielen, die seine Vermutung zu bestätigen schienen. Hatte es nicht in der jüngeren deutschen Geschichte die NS-Diktatur gegeben, die, eine Folge der verworrenen politischen und schwierigen sozialen Verhältnisse während der Weimarer Republik, ihrerseits einen merkwürdigen Rechtsdualismus zwischen Normen- und Maßnahmenstaat eingeführt hatte (*Fraenkel* 2001)? Weitere Exempel aus der noch nicht lange zurückliegenden Epoche südeuropäischer und lateinamerikanischer sowie der eben erst zu Ende gegangenen Ära kommunistischer Diktaturen im Osten boten sich an. So kam es zu dem Entschluss, ein größeres komparatives Forschungsprojekt zu initiieren, um die These von der anomieerzeugenden Auswirkung diktatorischer Herrschaft genauer zu überprüfen.

Da dieses Projekt noch nicht abgeschlossen ist, können hier noch keine definitiven Ergebnisse präsentiert werden. Immerhin soll im letzten Abschnitt dieses Beitrags versucht werden, einen Überblick über den jetzigen

Untersuchungsstand zu geben. Was vorab jedoch wichtig erscheint, ist, sich über die konzeptuellen Implikationen klar zu werden, die mit einer derartigen Focusverschiebung des Anomieansatzes in die politisch-institutionelle Sphäre verbunden sind; desgleichen über die Operationalisierungsprobleme, die das Konzept generell und diese Verschiebung im Besonderen aufwirft. Was zunächst das Anomiekonzept als solches betrifft, so erscheint es im Hinblick auf den neuen Anwendungsbereich sinnvoll, es erstens möglichst eng zu fassen, zweitens dem Kriterium der Lockerung oder Auflösung von Normen jenes der normativen Inkonsistenz zur Seite zu stellen und es drittens in mehrere Teildimensionen zu zerlegen.

Warum ist ein enges, möglichst trennscharfes einem weit gefassten Anomiekonzept vorzuziehen? Kurz gesagt, weil es in einer knappen Form in den unterschiedlichsten sozialen Kontexten Verwendung finden kann, während man seine Nutzungsmöglichkeit in dem Maße einschränkt, in dem man es mit zusätzlichen strukturellen Merkmalen belastet. Hierin liegt der Hauptgrund, warum aus unserer Sicht die ursprüngliche, von Durkheim vorgeschlagene Definition von Anomie der später von Merton nachgeschobenen überlegen ist. Es ist wahr, dass Durkheim, wie ihm von mehreren Kritikern vorgeworfen worden ist, an keiner Stelle genau erklärt, was er unter Anomie versteht (statt aller *Olsen* 1967; siehe auch *Besnard* 1987, S. 26). Vergleicht man jedoch die verschiedenen Passagen, in denen der Ausdruck in seinen beiden frühen Hauptwerken „Über die Arbeitsteilung“ und „Der Selbstmord“ auftaucht und nimmt die gelegentlich angeführten Synonyme hinzu, so ergibt sich durchaus ein bestimmter Begriffskern. Dieser wird am prägnantesten durch die Kurzformel *état de dérèglement* getroffen, d. h. ein Zustand der Unordnung, bedingt durch einen Mangel an sozialen Regeln (*Waldmann* 1998, S. 144). Damit ist festgelegt, dass es sich a) um einen sozialen Zustand handelt, also nicht um individuelle Gefühle und Probleme, dass dieser Zustand sich b) auf den Bereich durch Sanktionen abgesicherter sozialer Normen (Regeln i. S. Durkheims) bezieht, also weder auf religiös-weltanschauliche Überlegungen (kulturelle Sphäre) noch auf die Sphäre materieller Interessen, und dass es schließlich c) ein normatives Optimum gibt, von dem konkrete Situationen mehr oder weniger drastisch abweichen. Stellen wir dieser aufgrund ihrer Kürze und Präzision universell verwendbaren Formel den Konzeptualisierungsvorschlag von R. K. Merton gegenüber, der Anomie am Widerspruch zwischen generell anerkannten gesellschaftlichen Zielen und den begrenzten, ungleich verteilten Mitteln und Chancen, diese Ziele zu erreichen, oder, wie es an anderer Stelle heißt, am Gegensatz zwischen der kulturellen Struktur und der Sozialstruktur der Gesellschaft festmacht (*Merton* 1995, S. 128 ff.), so zeigt sich rasch, dass diese Definition weit schwerfälliger (da spezifischer) und zugleich vager ist. Mit Hilfe welchen Kriteriums, um nur eine Hauptcrux bei ihrer empirischen Umsetzung zu nennen, soll man entscheiden können, ob ein struktureller Widerspruch im Sinne Mertons vorliegt oder nicht? Womit keineswegs gesagt sein soll, dass die von ihm eingeführten Variablen für Anomiephänomene irrelevant wären.

Doch spricht einiges dafür, sie eher in das Umfeld von Anomie – als mögliche Ursache, Begleiterscheinung oder Folge derselben – zu verweisen, als in den Begriff selbst aufzunehmen.

Neben dem von Durkheim besonders betonten Normenvakuum plädieren wir dafür, auch Situationen normativer Inkonsistenz unter den Begriff anomisch zu subsumieren (*Waldmann 1998, S. 148 ff.*). Zum einen ist generell Vorsicht bei Behauptungen der Art geboten, es ermangle in einer Situation oder Gruppe sozialer Regeln. Bei näherem Hinsehen zeigt sich oft, dass es durchaus normative Strukturen gibt, seien sie auch nur rudimentär entwickelt oder nicht durch Sanktionen abgesichert. Zum anderen bilden Situationen der Unterregulierung in Hinblick auf den hier primär interessierenden politisch-staatlichen Bereich eine Anomalität. Für moderne Staaten ist eher ein inflationärer Erlass von Normen aller Art bezeichnend, allerdings von Normen, die oft nicht aufeinander abgestimmt sind oder sich sogar direkt widersprechen. Ein inkonsistenter Komplex von Regeln für einen bestimmten Sachverhalt wirkt jedoch auf die Normadressaten ähnlich verwirrend und verunsichernd, wie wenn es gar keine Regeln gäbe. Wonach sollen sie sich richten? Am wahrscheinlichsten ist, dass sie jener Vorschrift Folge leisten, welche mit den schärfsten Sanktionen ausgestattet ist. D. h. die Situation nähert sich jener weitgehender Normlosigkeit an, in der ebenfalls die Verteilung der Machtpotentiale, nicht irgendwelche Sollvorstellungen den Ausschlag für das konkrete Verhalten der involvierten Individuen geben.

Wie bereits angedeutet, bilden Situationen, in denen absolute Regellosigkeit, also ein normatives Vakuum herrscht, im konkreten Leben ebenso eine Seltenheit wie der Gegenpol eines gänzlich intakten Normensystems. Üblich sind Zwischenlagen eines Mehr oder Weniger, wie ja auch Gesellschaften insgesamt nie durchweg anomisch oder anomiefrei sind, sondern in mehr oder weniger anomische Teilbereiche zerfallen. Um diesen Zwischenstufen gerecht zu werden, bietet es sich an, beim Normenbegriff selbst anzusetzen und diesen in seine wichtigsten Teildimensionen zu zerlegen.

Tab. 1: Dimensionen des Normbegriffs und Formen der Anomie

	Funktionierendes Normensystem			Anomie
	Merkmale	Mittel	Leistung	Hauptformen
Dimensionen von Normen	bezieht sich auf wiederkehrende soziale Situation	Sprachformeln	Typisierung von Verhalten und Situationen	Sprachverwirrung bzw. Sprachlosigkeit
	durch moralische Überzeugung eines Großteils der jew. Population getragen	Sozialisation	soziale Orientierung, Legitimierung (von Norm und Verhalten)	Desorientierung, Delegitimierung
	zielt auf Verhaltenskonformität ab	soziale Sanktionen	Verhaltensregulierung, soziale Verkehrssicherheit	Zunahme abweichenden Verhaltens

Die Schautafel enthält einen Vorschlag zur Unterscheidung der Hauptdimensionen eines funktionsfähigen Normensystems. Implizit offeriert sie damit zugleich einen Katalog von möglichen Normdefiziten. Nimmt man das Konsistenzkriterium hinzu, so kann man anomische Situationen als solche Situationen definieren, die durch einen Mangel an klaren, konsistenten, sozial akzeptierten und durchsetzbaren Regeln bzw. Normen gekennzeichnet sind (Waldmann 1998, S. 148). Lassen wir kurz die drei in der Schautafel aufgeführten Merkmale und Dimensionen Revue passieren: Anomische Tendenzen können sich zunächst in der Schwächung des normativen Bewusstseins äußern. Selbst wenn rein äußerlich noch Regeln des sozialen Miteinander respektiert werden, erregt ihre eventuelle Verletzung keine moralische Entrüstung bei Dritten mehr und noch weniger „Gewissensbisse“ beim Abweichler selbst. Von diesem primär ihre innere moralische Überzeugungskraft betreffenden Aspekt ist der äußere, regulatorische Effekt von Normen abzuheben. Normen bilden die soziale Verkehrsordnung einer Gesellschaft, dank ihrer Gültigkeit und Verlässlichkeit kann die komplizierte Funktionenvielfalt moderner Gesellschaften reibungslos ineinandergreifen, werden die rollenspezifischen Verhaltensweisen des Einzelnen für seine Umwelt erwartbar und berechenbar. Das vitale Interesse, das Gruppen und Gesellschaften an der Aufrechterhaltung von Normen und sozialem Regelwerk haben, zeigt sich vor allem daran, dass Normverstöße sanktioniert werden. Was schließlich die sprachlichen Voraussetzungen einer intakten Normordnung und die Konsequenzen ihrer Aushöhlung betrifft, so ist man erst in jüngerer Zeit auf sie aufmerksam geworden (vgl. etwa Eckert 1983; Hart 1961, S. 121 ff.). Ausgangspunkt ist insoweit die Einsicht, dass normative Aussagen mit typisierenden Begriffen arbeiten müssen, die sich auf

wiederkehrende regulierungsbedürftige Situationen beziehen. „Besitz“, „Notwehr“, „Familie“ sind solche Begriffe, über die ein minimales gesellschaftliches Einverständnis herrschen muss, damit Normen überhaupt verstanden werden und „greifen“. Entsprechend weit fortgeschritten muss der Anomiegrad einer Gesellschaft sein, wenn sogar die sprachlichen Verständigungsgrundlagen sozialer Interaktionen angegriffen sind („babylonische Sprachverwirrung“).

Die eingangs geschilderte Episode vor dem Militärputsch in Argentinien, als linksextremistische Guerillas, populistische Gruppen und rechtsradikale Todesschwadronen unterschiedliche politische Projekte verfolgten und angebliche oder wirkliche Anhänger des Gegenlagers wahllos umbrachten, kam einer solchen Extremsituation ziemlich nahe. Im Übrigen bieten Diktaturen und Gesellschaften im Übergang zur Demokratie ein breites Anschauungsfeld für die möglichen Kombinationen der Teildimensionen intakter und defizitärer Normstrukturen. Ein diktatorisches Regime mag etwa peinlich genau auf die Einhaltung hoher Standards, was die öffentliche Sicherheit und Ordnung betrifft, achten (regulatorische Komponente), jedoch gleichzeitig die moralische Infrastruktur der betreffenden Gesellschaft aushöhlen, oder sowohl hinsichtlich der formalen Einhaltung der Gesetze als auch in Bezug auf die Moral der Gesellschaft anspruchsvolle Maßstäbe beibehalten, jedoch über eine neue Ideologie und entsprechende Sprachformeln dem ganzen regulatorischen Apparat eine neue Orientierung zu geben versuchen. Auf diese inhaltlichen Aspekte wird im letzten Abschnitt zurückzukommen sein.

Was im Rahmen dieses, dem Konzept und seinen theoretischen Implikationen gewidmeten Abschnitts zu erörtern bleibt, sind zwei Fragen: Zum einen jene nach der Wertung, die mit dem Anomiekonzept zwangsläufig verbunden ist, und zum anderen die Frage der verhaltensdeterminierenden Wirkung anomischer Situationen. Wenn anomische Zustände durch das Fehlen bestimmter Merkmale einer intakten normativen Ordnung definiert werden, dann wird damit implizit der Mustercharakter eines intakten Normensystems bejaht. Ist dies vertretbar, welche Maßstäbe liegen dabei zugrunde? Was die erste Frage betrifft, so würden wir nicht zögern, sie zustimmend zu beantworten. Soziologie hat sich von Anfang an stets mit dem Problem pathologischer und folglich auch „normaler“ gesellschaftlicher Zustände befasst, ausdrücklich oder implizit die Frage nach der optimalen gesellschaftlichen Verfassung gestellt. Auch wer von sozialer Integration spricht, trifft unausgesprochen eine Unterscheidung zwischen einer integrierten, sich in einem wünschenswerten Zustand befindlichen Gesellschaft und einer Abweichung von diesem Modell. Es genügt, eine Situation wie die eingangs des Artikels dargestellte persönlich miterlebt zu haben, um rasch zu begreifen, dass es sich um eine für den Einzelnen wie auch für das soziale Kollektiv höchst unerfreuliche Erfahrung handelt. Nicht die Wertung an sich, sondern die dabei jeweils konkret zugrundeliegende Vorstellung von einer vorbildlichen sozialen Ordnung ist das Problem. In Bezug auf die Anomiethematik erscheint es beispielsweise zweifelhaft, ob die optimale Lösung in einer lückenlosen Konvergenz zwischen den moralischen Überzeu-

gungen der Bevölkerung und den formell gültigen Gesetzen bestünde, weil die betreffende Gesellschaft hochgradig intolerant wäre und für Abweichungen kaum Spielraum ließe (Adler 1983). Im Zweifel wird man sich bezüglich dieser Frage wohl auf einen kulturellrelativistischen Standpunkt zurückziehen müssen, d. h. Sollmodelle nur in Abhängigkeit von der jeweiligen rechtlich-kulturellen Tradition und im Einklang mit den jeweiligen organisatorischen Erfordernissen einer Situation festlegen können. Gesellschaften mit einer paternalistischen Vergangenheit bedürfen einer energischeren regulativen Lenkung als seit langem in *laissez-faire*-Praktiken eingeübte Gesellschaften. Ausführungsrollen bedürfen, wie bereits M. P. Dreitzel für den sozialen Mikrobereich festgestellt hat, einer engeren Festlegung als Gestaltungsrollen (Dreitzel 1980, S. 77 ff., 84). Wie weit auch anomische Verhältnisse in einer Gesellschaft um sich greifen mögen, man wird ihnen auf keinen Fall unterstellen können, dass sie das Handeln der Individuen so sehr einengen, dass diesen im Grunde jede Wahlmöglichkeit genommen ist. Im Allgemeinen ist eher das Gegenteil der Fall: Anomische Situationen bleiben dem Einzelnen ein Minimum an Regelvorgaben schuldig und überantworten ihn gewissermaßen seiner unbegrenzten Freiheit, zwingen ihn zur Eigeninitiative, wobei durchaus offen sein kann, welchen Weg er einschlägt. Lässt beispielsweise die Sanktionskontrolle einer offiziellen Norm nach, so ist zwar wahrscheinlich, dass die Zahl jener, die sie verletzen, ansteigt, doch ist damit nichts über die Reaktion des Einzelnen ausgesagt. Dieser mag sich dafür entscheiden, die Norm fortan aus freien Stücken zu befolgen, und auch die Gesamtzahl derjenigen, die eine indifferente Haltung mit einer bewussten Unterstützung der Norm vertauschen, mag zunehmen. Zu den Verdiensten Mertons zählt, dass er in seinem Anomieschema keinen Automatismus der Relation zwischen anomischer Situation und spezifischen Verhaltensreaktionen angenommen hat, sondern, abhängig von persönlichen Dispositionen, einen Fächer von möglichen Reaktionsformen für den Einzelnen vorsieht (Merton 1995, S. 135 ff.). Man könnte die beiden Größen „soziale Situation“ und „individuelle Reaktion“ auch in ein challenge-response-Schema übersetzen. Anomie bedeutet eine situative und gegebenenfalls strukturelle Herausforderung für den von ihr betroffenen Einzelnen, doch wie dieser damit umgeht, wie er auf sie antwortet, darüber sagt die Herausforderung als solche nichts aus.

Anomie und Empirie

Die empirische Umsetzung des Anomiekonzepts wirft nicht unerhebliche Probleme auf. Prinzipiell stellt sich die Frage, wie sich ein gesellschaftlicher Zustand erfassen lässt, dessen bezeichnender Zug gerade ein Mangel, das Nichtvorhandensein eines funktionsfähigen regulativen Systems ist. Was speziell diktatorische Regime betrifft, so stellt sich die Lage noch komplizierter dar. Legen diese Regime es doch häufig darauf an, mit Hilfe eines hohen repressiven Aufwandes einen Zustand äußerlicher Befriedung und Ruhe herzustellen, der auf Anhub alles andere als anomisch wirkt. Wie kann man einen Blick hinter

diese Fassade erzwungener Ordnung werfen, um sich ein Urteil über das wahre Ausmaß anomiefördernder Strukturen und Trends bilden zu können? Wir werden zunächst allgemein auf die Frage der empirischen Operationalisierung des Anomiekonzepts eingehen und anschließend kurz auf die besondere Problematik zu sprechen kommen, die mit der Untersuchung von Anomie unter Diktaturen verbunden ist.

Was zunächst die allgemeine Fragestellung anbetrifft, so ist es sinnvoll, auf zwei Unterscheidungen zu achten: die Unterscheidung zwischen einem externen und einem internen Standpunkt bzw. Betrachter und jene zwischen direkten und indirekten Anomieindikatoren. Mit der Differenzierung zwischen externem und internem Standpunkt knüpfen wir unmittelbar an die bereits angestellten Überlegungen darüber an, welchen Maßstab man anlegen kann und darf, wenn man soziale Verhältnisse als anomisch bezeichnet. Benutzt etwa ein deutscher Sozialwissenschaftler das Konzept, um eine bestimmte Situation oder Episode in einer außereuropäischen Gesellschaft zu beschreiben, so handelt er sich leicht den Vorwurf des Ethnozentrismus ein. Er solle sich hüten, werden ihm Kollegen aus Afrika oder Lateinamerika entgegenhalten, seine Kriterien aus dem ordnungs- und sicherheitsverwöhnten Deutschland auf diese Länder zu übertragen. Was einen Europäer chaotisch und anarchisch anmute, berge durchaus gewisse Regel- und Ordnungsstrukturen, die sich nur nicht auf den ersten Blick erschließen.

Dieser Einwand ist durchaus berechtigt. Zwar darf man die Möglichkeiten eines externen Beobachters, sich ein leidlich objektives Bild vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein anomischer Tendenzen zu machen, nicht unterschätzen. Beispielsweise kann er prüfen, inwieweit die von einem Regime erlassenen Gesetze und Verordnungen Minimalanforderungen der Konsistenz genügen, ob es inoffizielle Parallelordnungen gibt, welche Rolle unbestimmte Rechtsbegriffe und vage Generalklauseln in den Gesetzesbestimmungen spielen usw. Er kann auch Zahlen über die Anzeigehäufigkeit von Delikten bei der Polizei in Erfahrung bringen und Daten über die Strafverfolgungshäufigkeit oder die Anzahl der Verurteilten sammeln. Irgendwann wird er mit diesen „objektiven“ Erhebungsmethoden jedoch an eine Erkenntnisgrenze stoßen. Bereits wenn es nicht mehr um die Erhebung schriftlich fixierter Satzungen und Regeln geht, sondern um informelle, nur im sozialen Bewusstsein einer Gruppe oder Gesellschaft präsenste Normen, führt kein Weg mehr an der Sichtweise und Einschätzung der Betroffenen vorbei. Sie allein können Auskunft darüber geben, mit welcher Verbindlichkeit ein sozialer Regelkodex ausgestattet ist und wie streng die an seine Verletzung geknüpften Sanktionen gehandhabt werden. Dasselbe gilt in noch höherem Maße für die Frage, inwieweit eine Gesamtsituation als mehr oder weniger anomisch einzuschätzen ist. Auch diesbezüglich ist, will man dem Ansatz von Durkheim treu bleiben, die Auffassung der Betroffenen und der von ihnen empfundene „Leidensdruck“ ausschlaggebend. Diese Auffassung mag je nach sozialer Schicht und eingespieltem Regelkonformismus variieren. Auch ist nicht auszuschließen, dass von den einen der Druck, um

ihm besser gewachsen zu sein, künstlich heruntergespielt, von anderen ebenso grundlos übertrieben wird. Auch derartige Reaktionsweisen sagen, wenn sie sich häufen, einiges über das Normenverständnis einer Population aus. Doch welche Argumente auch immer zur Relativierung der Meinung der Betroffenen ins Feld geführt werden, diese sind die letztlich verbindliche Instanz, der maßgebliche Experte, der beurteilen kann, ob das erträgliche Maß an Normaufweichung, sozialer Desorientierung und der Häufung abweichender Verhaltensweisen in einer konkreten Situation überschritten ist oder nicht.

Mit dieser Zuweisung eines Expertenstatus an die Betroffenen grenzen wir uns deutlich von dem bekannten Versuch L. Srole ab, mittels einer Anomie-Skala die subjektive Anomie von Individuen zu messen (Srole 1956). Es ist hier nicht der Ort, auf das von Srole entwickelte Messinstrument, seine Vorzüge und Schwächen, im Einzelnen einzugehen. Unstrittig ist, dass die von ihm entwickelte Skala, die den *mental-health*-Untersuchungen der 50er Jahre nahesteht, primär darauf abzielte, den Grad der Distanz des Einzelnen von der Gemeinschaft bzw. seiner sozialen Integration in dieselbe zu messen. In ihrem Mittelpunkt steht also der Befragte selbst, dieser soll nicht lediglich, wie hier vorgeschlagen wird, als Informationsquelle dienen, um ein möglichst zuverlässiges Bild über das soziale Normenverständnis, dessen Stringenz und Inhalte, zu erhalten.

Alle Daten, die sich unmittelbar auf die normative Struktur der Gruppe oder Gesellschaft beziehen, werden hier direkte oder primäre Indikatoren genannt. Von diesen sind die indirekten oder sekundären Indikatoren zu unterscheiden, die nur mittelbare Schlüsse auf die Intaktheit eines Normensystems zulassen. Wenn z. B. in einer Gesellschaft Angehörige einer ethnischen Gruppe in dem Ruf stehen, sich über bestimmte Normen ständig hinwegzusetzen, und diese Gruppe in einem Stadtviertel dominiert, dann ist zu vermuten, dass in diesem Stadtviertel das Gesetz nicht viel gilt. Oder wenn in einem Staat Richter und Beamte ein niedriges Sozialprestige haben und schlecht bezahlt werden, so kann man daraus schließen, dass den formellen Gesetzen und allem, was damit zu tun hat, nur geringer Respekt gezollt wird. Der bei weitem wichtigste indirekte Indikator anomischer Zustände sind die verschiedenartigen Formen abweichenden Verhaltens. Die Skala dieser Formen ist breit, sie reicht von vergleichsweise harmlosen Reaktionsformen wie gesteigertem Alkoholkonsum und wachsender Glücksspielhäufigkeit über Scheidungen und Trennungen, Drogenkonsum und leichtere Formen der Kriminalität bis hin zu schwerwiegenden Abweichungen wie psychischen Krankheiten, Selbstaggression und Selbstmord, Raub und Totschlag. Je nach Kultur und Tradition haben sich unterschiedliche Muster des Umgangs mit anomischen Überforderungen herausgebildet. Ländern (wie Ungarn), in denen sich die Frustrationen primär gegen die Betroffenen selbst richten, die krank werden, sich in den Alkohol flüchten oder sich umbringen, stehen andere gegenüber, wo man auf anomischen Druck vorzugsweise mit Hyperaktivismus und Fremdaggression antwortet. Selbst innerhalb einer Kultur und sogar ein und derselben Gesellschaft kann es zu di-